

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen, Kaiser-Friedrich-Ring 77, 65185 Wiesbaden

Studierendenwerk Kassel
Anstalt des öffentlichen Rechts
Geschäftsführerin: Christa Ambrosius
Universitätsplatz 1
34127 Kassel

**Landesverband
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen**

Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden
Telefon: 06 11 / 9 89 20-0
Telefax: 06 11 / 9 89 20-33
landesverband@gruene-hessen.de
www.gruene-hessen.de

Wiesbaden, 12.05.2023

Antwort auf den Wahlprüfstein der Hessischen Studierendenwerke

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zunächst danken wir Ihnen für Ihre Anfrage und für die Möglichkeit, auf Ihre Fragen antworten zu können. Wir bitten Sie um Verständnis, dass wir GRÜNE als basisdemokratische Partei unser Wahlprogramm durch einen Parteitag und über das Votum unserer Mitglieder beschließen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Aus diesem Grund können sich Konkretisierungen ergeben, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht Eingang in die Beantwortung Ihrer Fragen finden konnten.

Auf den folgenden Seiten finden Sie unsere Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine.

Mit freundlichen Grüßen



Bärbel Hartmann
Landesgeschäftsführerin
Landesverband BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen

Fragenkatalog der Studierendenwerke 2023

Soziale Belange der Studentinnen und Studenten in Hessen

1. Wird eine Landesregierung, an der Ihre Partei beteiligt ist, den Hochschulpakt mit einem entsprechenden **Hochschulsozialpakt** ergänzen und damit die soziale Infrastruktur an Hessens Hochschulen sicherstellen?

Die Studierendenwerke leisten viel für die sozialen Belange der Studierenden. Sie sind integraler Bestandteil für ein chancengerechtes Bildungssystem. Um hier ein deutliches Zeichen zu setzen, haben wir das Studierendenwerksgesetz entfristet und modernisiert. Mit einem Hochschulsozialpakt wollen wir zukünftig die Aufgaben der Studierendenwerke und deren Finanzierung in Einklang bringen.

2. Wie wird Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die Studierendenwerke im Spannungsfeld drastischer Kostensteigerungen durch Kriegs- und Energiekrise einerseits und pandemiebedingter Nachfrage-Rückgänge andererseits **sozialverträgliche Preise für die Studierenden in Wohnheimen und gastronomischen Einrichtungen gewährleisten** können?

In Anbetracht der Pandemie und Energiekrise haben wir die Studierendenwerke kurzfristig mit einem Zuschuss von 5 Millionen Euro zusätzlich zu den jährlich 15 Millionen Euro unterstützt, damit sie die hohen Energiekosten schultern können und die Preise in den Mensen sozialverträglich gestaltet werden. Zudem unterstützen wir die Hochschulen mit einem Notfallfonds für Energiekosten in Höhe von über 40 Millionen Euro, damit Forschung und Lehre weiterlaufen können. Wir werden auch weiterhin in Krisen die Studierendenwerke im Blick haben.

3. Auf welche Weise wird eine Landesregierung mit Beteiligung Ihrer Partei die **Studierendenwerke** auf ihrem bereits begonnenen Weg **hin zu mehr Digitalisierung und Nachhaltigkeit unterstützen**, um sich zukunfts- und krisensicher aufzustellen?

Hessen hat sich auf den Weg gemacht, klimaneutral zu werden. Das umfasst auch die Studierendenwerke und Hochschulen. Dass auch die Studierendenwerke, wie alle Teile der Verwaltung und Hochschule, mehr im digitalen Raum präsent sind und mehr Angebote digital verfügbar machen, ist der richtige Weg. Die Aspekte Digitalisierung und Nachhaltigkeit wollen wir im Rahmen des Hochschulsozialpakts berücksichtigen. Über entsprechende Förderprogramme für nachhaltiges Bauen können die Studierendenwerke mit ihren Wohnheimen bereits heute von zusätzlicher Finanzierung für mehr Nachhaltigkeit profitieren. Dies wollen wir zukünftig weiter stärken, um die Wärmewende für die Erreichung der Klimaziele zu schaffen.

Studentisches Wohnen

1. Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür zu sorgen, dass in den hessischen Hochschulstädten wieder **mehr günstiger studentischer Wohnraum** zu finden ist?
2. Wie wird Ihre Partei **studentischen Wohnraum fördern**, damit auch in Hessen mindestens **zehn Prozent** der Studierenden zum sozialen Mietpreis in einem Wohnheim der Studierendenwerke leben können?

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die beiden Fragen gemeinsam beantwortet.

Als Teil der aktuellen Hessischen Landesregierung haben wir in den letzten Jahren die Förderung von günstigem, sozialem Wohnungsbau ausgebaut und versucht, gemeinsam mit den Kommunen Lösungen gegen den Flächenmangel zu finden. Zudem haben wir mit weiteren Fördermaßnahmen unter anderem auf die Wohnraumknappheit für Studierende reagiert. Die Anzahl der geförderten Wohnheimplätze konnte deutlich erhöht werden, sodass Hessen laut Statistik des Deutschen Studentenwerks den prozentual höchsten Aufwuchs aller Länder aufweist. Die Anzahl der geförderten Wohnheimplätze konnte seit 2013 um 3.603 Plätze erhöht werden, wodurch die Unterbringungsquote der Studierenden von 7,25 % auf 8,12 % angestiegen ist. Derzeit befinden sich zudem weitere 918 Wohnheimplätze im Bau und 1.092 in der Planung. Damit kommen wir unserem Ziel, einer Versorgungsquote von 10 % sehr nah. Dabei sind wir ständig auf der Suche nach geeigneten Liegenschaften und Flächen für Neubauten. Die Studierendenwerke sind die wichtigsten Akteure bei diesem Vorhaben und haben in den vergangenen Jahren viel geleistet, um die Situation zu verbessern.

Darüber hinaus versuchen wir in der Landesregierung entbehrliche Landesgrundstücke zu identifizieren. Ebenso versuchen die Städte und Hochschulen Grundstücke zu erwerben oder Mittel aus dem Verkauf hingefälliger Grundstücke zu generieren. So fließen zum Beispiel die Erlöse in Höhe von rund 200 Millionen Euro aus dem Verkauf des alten Polizeipräsidiums in Frankfurt in sozialen Wohnraum und die öffentliche Universitätsbibliothek.

3. Werden Sie den Studierendenwerken die **nötigen Baukostenzuschüsse, öffentliche Grundstücke und Sanierungsmittel** verlässlich zur Verfügung stellen, so dass Studentinnen und Studenten bezahlbar und hochschulnah wohnen können?

Wir stehen auch weiter dafür ein, dass Bauprojekte nicht am Geld scheitern. Die Richtlinie für die Förderung von Wohnungen haben wir so angepasst, dass sie attraktiv für die Studierendenwerke sind und haben auch weiterhin im Blick, dass wir gegenüber dem Markt attraktive Konditionen anbieten. Bei der Suche nach geeigneten Grundstücken braucht es die Zusammenarbeit mit den Kommunen und dem Bund, die über einen großen Teil der öffentlichen Liegenschaften verfügen. Hier setzen wir uns gemeinsam mit den Studierendenwerken für Lösungen ein. Darüber hinaus versuchen wir in der Landesregierung entbehrliche Landesgrundstücke zu identifizieren.

4. Wie werden Sie dafür sorgen, dass **Neubauten** im Bereich Wohnen zukünftig auch im Hinblick einer **ökologisch-nachhaltigen Bauweise gefördert** werden?

Die Studierendenwerke unterstützen wir bei Bau und Modernisierung mit mehreren Fördermöglichkeiten, die wir bei einer Wiederwahl fortführen und ausbauen wollen. Hier seien die Programme zur sozialen Mietwohnraumförderung für studentische Haushalte als Darlehen mit Zuschuss, das Sonderprogramm „Klimabonus in der sozialen Wohnraumförderung“, welches für Bauvorhaben, die bezüglich der Energieeffizienz über die gesetzlichen Mindestvorgaben hinausgehen, einen quadratmeterabhängigen Zuschuss vorsieht, und der Zinszuschuss „Energieeffizienz im Mietwohnungsbau“, der in Kombination mit dem Kredit der KfW Bank im Rahmen der Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude beantragt werden kann, zu nennen. Alle diese Förderprogramme können in Kombination in Anspruch genommen werden.

Studienfinanzierung

1. Welche Bedeutung hat das Thema **BAföG** für Ihre Partei?

Wir haben und werden uns auch weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass wir mit dem BAföG mehr Studierende erreichen. Neben verschiedenen Bundesratsinitiativen als Landesregierung zur Verbesserung des BAföGs haben wir im Bund bereits für das letzte Wintersemester durch die Anhebung der Freibeträge und die Anhebung der Altersgrenze auf 45 Jahre den Kreis der Förderberechtigten deutlich vergrößern können. Mit der Erhöhung der Bedarfssätze, der Wohnpauschale sowie weiterer Zuschläge tragen wir insbesondere auch der Tatsache Rechnung, dass die Lebenshaltungskosten in Hochschulstädten in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind.

Weitere Reformschritte, die sowohl eine elternunabhängige Komponente weiter betrachten als auch die weitere Erhöhung der Bedarfssätze und die Verlängerung der Bezugsdauer, besonders bei Studiengangswechsel, vorsehen, sind bereits geplant. Außerdem wollen wir eine Studienstarthilfe schaffen, die Kindern aus Familien im Hartz IV-Bezug hilft, die Anfangsinvestitionen zu Beginn des Studiums zu stemmen.

2. Wie kann Ihre Partei in einer hessischen Landesregierung gegenüber dem **Bund** dazu beitragen, dass das **BAföG** seiner Aufgabe wieder gerecht werden kann?

Bereits in der Vergangenheit hat Hessen mit unserer Grünen Wissenschaftsministerin Angela Dorn mit Bundesratsinitiativen die Öffnung des BAföGs begleitet. Dies wollen wir auch weiterhin tun.

3. Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass **BAföG-Ämter** die notwendige **Sach-** und **Personalausstattung** erhalten, die sie brauchen, um die Anträge der Studierenden schnell und zielführend bearbeiten zu können?

Wir wollen den Empfänger*innenkreis des BAföGs ausweiten und begleiten deshalb auch den Aufwuchs der Mittel für die BAföG-Ämter. Mit dem Haushaltsprodukt Ausbildungsförderung des hessischen Landeshaushalts stellen wir eine ausreichende Finanzierung von Sach- und Personalausstattung durch jährliche Anpassung der Kennzahlen an die Realität sicher. Für die Jahre 2023 und 2024 haben wir die Aufwendungen für Verwaltungstätigkeiten bei den BAföG-Ämtern im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt und im Vergleich zum Jahr 2021 fast verdreifacht.

Hochschulgastronomie

1. Was wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei konkret tun, damit **Mensen** und Cafeterien ihren gesetzlichen **Versorgungsauftrag erfüllen können**?

Die Relevanz der Hochschulgastronomie haben wir im Hochschulpakt gestärkt und sehen im Rahmen der hessischen Hochschulfinanzierung die Hochschulen in Verantwortung, den Erhalt und die Modernisierung der Mensen und Cafeterien sicherzustellen. In Zukunft wollen wir mit dem Hochschulsozialpakt die für die Studierendenwerke zur Verfügung stehenden Mittel zur Erfüllung des Versorgungsauftrags an die realen Bedürfnisse anpassen.

2. Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass eine ausreichende **Finanzausstattung** der Studierendenwerke sowohl für **Bau- und Sanierungsmaßnahmen** als auch für **bedarfsgerechte Angebote** und Öffnungszeiten zur Verfügung steht?

Mensen und Cafeterien werden bei der Programmplanung im Rahmen von HEUREKA III nach Dringlichkeit berücksichtigt. So sollen sowohl für die Sanierung der Mensa Lahntal an der Uni Marburg als auch der Mensa Friedberg an der THM HEUREKA-Mittel verwendet werden und die Bedarfe wurden durch das Wissenschaftsministerium und die Koalitionsfraktionen entsprechend anerkannt. Des Weiteren stehen Studierendenwerken und Hochschulen verschiedene Förderprogramme zu Bau- und Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung. Wir Grünen setzen uns außerdem für ein Bundesprogramm für die Sanierung von Mensen ein.

3. Was planen Sie, um die Studierendenwerke zu unterstützen, damit diese trotz der Preisexplosionen insbesondere im Bereich Energie und Lebensmittel ein **ausgewogenes Speisenangebot** zu **sozial verträglichen Preisen sicherstellen** können?

Durch die einmalige Erhöhung der Mittel für die Studierendenwerke um 5 Millionen Euro haben wir die ersten Mehrbelastungen abgedeckt. In Zukunft hoffen wir durch einen mit den Studierendenwerken verhandelten Hochschulsozialpakt selbige zu unterstützen sozial verträgliche Preise zu ermöglichen.

Beratungsleistungen

1. Wird eine Regierung unter Ihrer Partei die bestehenden **Beratungsangebote** verlässlich und nachhaltig **finanzieren**?
2. Wird Ihre Partei eine **Zuschussregelung** vorantreiben, die eine verlässliche öffentliche Finanzierung der Beratungsleistungen der Studierendenwerke sicherstellt?

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die beiden Fragen gemeinsam beantwortet.

Die niedrigschwelligen Beratungen für Studierende in verschiedenen Belangen sind ein wesentlicher Beitrag der Studierendenwerke für eine chancengerechte Bildung und ein fester Bestandteil des Angebots der Studierendenwerke. Auch diese Tätigkeit wollen wir mit dem Hochschulsozialpakt zukünftig stärken. Die Ausgestaltung ist Teil der Gesamtkonzeptionierung eines Hochschulsozialpaktes und zwischen Land und Studierendenwerken zu verhandeln. Mittelerhöhungen für die Studierendenwerke in den letzten Jahren sind zu einem wesentlichen Anteil in den steigenden Beratungsbedarf für Studierende besonders in den Krisen der letzten Jahre geflossen.

Studium mit Kind oder pflegebedürftigen Angehörigen

1. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der **Vereinbarkeit** von **Studium** und **Kindererziehung** bei?

Die Vereinbarkeit von Studium, Familie und Care-Arbeit ist für uns eine Frage der Chancengerechtigkeit in der Bildung. Dass uns diese am Herzen liegt, zeigt sich in den von uns zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln sowie der Bedeutung, die wir Kindertagesstätten an

Hochschulen für Mitglieder der Hochschule sowohl in den Gesetzesnovellen des HHG und des Studierendenwerkgesetzes als auch im aktuellen Hochschulpakt beimesen.

Um der veränderten Lebensrealität vieler Studierender Rechnung zu tragen, haben wir zudem im Hessischen Hochschulgesetz verankert, dass die Hochschulen zusätzlich zu explizit als Teilzeitstudium konzipierten Studiengängen die Studienverlaufspläne so gestalten sollen, dass die Studiengänge möglichst auch in Teilzeit studiert werden können. Hiermit erleichtern wir die Vereinbarkeit von Studium und Arbeit oder Pflege und Kindererziehung.

2. Wie wird eine Landesregierung unter Beteiligung Ihrer Partei sich für eine **Aufstockung der Zuschüsse für Kinderbetreuungsangebote** sowie für weiterführende Angebote an Studierende mit Familienaufgaben einsetzen?

Die Zuschüsse für Kindertagesstätten der Studierendenwerke erfolgen wie für andere Träger in Zuständigkeit der jeweiligen Kommune und werden vom Land entsprechend den Vereinbarungen mit den Kommunen bezuschusst. Aufgabe der Studierendenwerke und des Wissenschaftsministeriums ist es deshalb, darüber hinaus für die besonderen Bedürfnisse von Studierenden mehr flexible Betreuungsmöglichkeiten anzubieten. Hier haben wir Grüne uns bereits in der Vergangenheit mit Haushaltsanträgen für höhere Zuschüsse für die Studierendenwerke eingesetzt und wollen dies in einem neuen Hochschulsozialpakt berücksichtigen.

Kultur und Internationales

1. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der **Kultur als Aufgabe von Studierendenwerken** bei und wie werden sie dies aktiv (auch finanziell) unterstützen?

Das Hessische Studierendenwerkgesetz sieht richtigerweise die Förderung kultureller Interessen aller Studierenden als Aufgabe der Studierendenwerke vor. In welcher Form die Studierendenwerke diese Aufgabe wahrnehmen, bleibt ihnen überlassen. Durch den Hochschulsozialpakt wollen wir eine sinnvolle Finanzierung sicherstellen.

2. Im Zuge weiterer **internationaler Vernetzungen** der Hochschulen wird die Versorgung von internationalen Studierenden weiter an Bedeutung zunehmen. Welche **Rolle** sollen aus Ihrer Sicht dabei die **Studierendenwerke** spielen und wie werden Sie die Finanzierung der diesbezüglichen Angebote in den Studierendenwerken sicherstellen? Welche Unterstützung werden die Studierendenwerke unter einer Landesregierung mit der Beteiligung Ihrer Partei erfahren?

Die Studierendenwerke bieten mit ihren zentralen und vielfältigen Angeboten besonders für internationale Studierende eine wichtige Struktur und günstige Versorgung. Besonders Wohnheime sind ein wichtiger Begegnungsort und ein wichtiges Angebot für internationale Studierende. Hier wollen wir prüfen, inwieweit es sinnvoll sein kann, das Angebot in Anlehnung an Angebote in anderen Ländern zu vervielfältigen und auf verschiedene Bedürfnisse anzupassen, bspw. durch die Ergänzung von WG-Zimmern und Einzelzimmern durch Mehrbettzimmer mit Gemeinschaftsküche. Im Ausland sind On-Campus Angebote mit Mehrbettzimmern und Jugendherbergscharakter oft der Standard, denn im Mittelpunkt stehen bei kurzen Aufenthalten oft der Austausch und möglichst geringe Kosten.

Beschäftigte der Studierendenwerke in Hessen

1. Wird Ihre Partei in einer Regierungsbeteiligung dafür sorgen, dass die von den **Tarifparteien ausgehandelten Steigerungen** in den Berechnungen des **Landeszuschusses** verbindlich **berücksichtigt** wird?

Dass es den Studierendenwerken aktuell schwerfällt, bei der Einstellung die ausgehandelten Tarifsteigerung angemessen weiterzugeben, ist allen in der Landespolitik bewusst. Dieser Problematik wollen wir ebenfalls bei der Ausgestaltung des Hochschulsozialpaktes begegnen und diese wird auch im nächsten Hochschulpakt eine wichtige Rolle spielen.

2. Wie will Ihre Partei in der Tariflandschaft wirken, damit auch die **Beschäftigung im Geltungsbereich des TV-H attraktiv und konkurrenzfähig** ist?

Wir als Partei achten und respektieren die Tarifautonomie. Sie ist ein hohes, verfassungsrechtlich geschütztes Gut. Unsere Einwirkungsmöglichkeiten sind deshalb von vornherein begrenzt. Der TV-H hat sich aus unserer Sicht bewährt. Insbesondere die Kinderzulage und das Hessenticket werden von den Beschäftigten nach unserer Kenntnis sehr geschätzt. Der eigenständige Tarifvertrag ermöglicht Innovationen und eine Vorreiterrolle, um konkurrenzfähig zu sein. Der TV-H ist deshalb für das Land Hessen auch in Zukunft das Instrument der Wahl, um auf die spezifischen Erfordernisse der Arbeitswelt und die Bedürfnisse der hier Beschäftigten flexibel und passgenau reagieren zu können – flexibler und passgenauer jedenfalls, als dies bei einer Rückkehr in den TV-L der Fall wäre. Allein die Beibehaltung dieses Instruments schafft deshalb die Voraussetzungen dafür, dass attraktive und konkurrenzfähige Beschäftigungsangebote gemacht werden können. Wie eingangs ausgeführt, liegt es allerdings in der Hand der Tarifparteien selbst, die Einzelheiten autonom auszuhandeln und vertraglich festzulegen.

3. Wie wollen Sie dem zunehmenden **Fachkräftemangel** in Hessen **begegnen**?

Wir wollen eine Bildungslandschaft, die vielfältige Bildungsbiografien fördert und die Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung anerkennt. Die Förderung der Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungswegen ist für uns nicht nur eine Frage der Wertschätzung individueller Stärken, Fähigkeiten und Lebensleistungen, sondern auch notwendig, um den hohen Fachkräftebedarf in vielen Ausbildungsberufen zukünftig decken zu können. Aus diesem Grund haben wir bspw. bereits den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte auch ohne Meisterabschluss eingeführt. Dies soll dazu führen, dass sich mehr junge Menschen für eine berufliche Ausbildung entscheiden, da sie sich auch damit alle Wege offenhalten. Die berufliche Orientierung und die Ausbildungsfähigkeit auch an Gymnasien wollen wir weiter stärken. Vor allem braucht es aber auch ein gesamtgesellschaftliches Umdenken.

Vorhandene und von uns mitinitiierte Strukturen wie das Bündnis Fachkräftesicherung wollen wir ausbauen und kontinuierlich an den Wirtschaftswandel anpassen. Weiterhin streben wir die Gleichstellung von Master und Meister an, damit die handwerkliche Ausbildung an Attraktivität gewinnt. Die Gleichstellung von Studierenden und Azubis in der Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist für uns ebenfalls eines der Kernthemen für die neue Legislaturperiode. Wir wollen, dass auch Azubis in die Lage versetzt werden, gemeinschaftlich und bezahlbar zu wohnen – sowohl in den Städten als auch auf dem Land. Wir sind davon überzeugt, dass campusähnliche Wohn- und Lerneinrichtungen für Azubis für viele junge Menschen attraktiv sind, und bei der Bewältigung des Fachkräftemangels helfen können. Dennoch wird Hessen, um die Transformation der Wirtschaft zu

meistern, auch zugewanderte Fachkräfte brauchen. Hier wollen wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit bürokratische Hindernisse abgebaut werden und dringend benötigtes Know-How Hessens Wirtschaft schnell zur Verfügung steht.

Zudem erfordert die Transformation der Wirtschaft vielfältige Weiterqualifizierungsangebote für Menschen jeden Alters. Unsere Hochschulen sollen hierbei zukünftig einen noch größeren Beitrag leisten und offen sein für lebenslanges Lernen. Wir haben dafür bereits die Möglichkeiten für Weiterbildungskurse und -studiengänge erweitert und wollen zukünftig den Zugang für Gasthörer*innen weiter öffnen. Unser Ziel ist, die Angebote in einem hochschulübergreifenden Zentrum für Weiterbildung zu bündeln. Dabei wollen wir staatliche Unterstützung für Weiterbildung in Bereichen, die für die Wissensgesellschaft von besonderer Bedeutung sind, aufbauen, aber auch Kooperationen mit Unternehmen knüpfen, um deren Interesse für die Weiterentwicklung ihrer Beschäftigten zu fördern.